



HESSEN



Bericht aus Brüssel

10/2024 vom 17.05.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	8
Energie.....	8
Digital.....	9
Forschung.....	10
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	12
Soziales.....	13
Gesundheit und Verbraucherschutz	15
Umwelt.....	17
Landwirtschaft.....	19
Justiz.....	20
Inneres.....	21
Bildung und Kultur.....	22
Information, Kommunikation und Medien	25
EU-Förderprogramme.....	25
Veranstaltungen.....	26
Vorschau	27

Kommission; Treffen mit China

Am 06.05.2024 fand ein trilaterales Treffen von Kommissionspräsidentin von der Leyen mit dem französischen Präsidenten Macron und dem Präsidenten der Volksrepublik China Xi Jinping im Elysée-Palast in Paris statt. Die Beziehungen zwischen der EU und China bezeichnete von der Leyen als komplex. Mit Blick auf die geopolitische Entwicklung ging es in dem Gespräch vor allem um den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den Einfluss Chinas auf Russland und das Thema chinesische Dual-Use-Güter. Beim Thema Handelsbeziehungen sprach von der Leyen von weiter erheblichen Ungleichgewichten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_2464

Rat; Ukraine-Fazilität und Ukraine-Plan

Der Rat hat am 14.05.2024 einen Durchführungsbeschluss angenommen, in dem er den "Ukraine-Plan", in dem die Absichten der ukrainischen Regierung in Bezug auf die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung des Landes sowie die Reformen, die das Land in den nächsten vier Jahren im Rahmen seines EU-Beitrittsprozesses durchführen will, positiv bewertet. Der Rat vertrat insbesondere die Auffassung, dass die Ukraine dank dieses Plans die Voraussetzung für die Unterstützung im Rahmen der Ukraine-Fazilität (bis zu 50 Mrd. EUR) erfüllt und dass nun regelmäßige Zahlungen beginnen können. Die Zahlungen an die Ukraine werden von der EU vorbehaltlich der Durchführung der vereinbarten Reformen und Investitionen in Form der im Anhang des Durchführungsbeschlusses des Rates aufgeführten qualitativen und quantitativen Schritte ausgezahlt. Die vorgesehenen Reformen und Investitionen haben ein erhebliches Potenzial, das Wachstum zu steigern, die makroökonomische Stabilität zu erhalten, die Haushaltslage zu verbessern und die weitere Integration der Ukraine in die EU zu unterstützen. Mit dem heutigen Beschluss kann die Kommission bis zu 1,89 Mrd. EUR als Vorfinanzierung auszahlen, bis die regulären Auszahlungen, die an die Umsetzung der Reform- und Investitionsindikatoren im Rahmen des Ukraine-Plans geknüpft sind, beginnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/14/ukraine-plan-council-greenlights-regular-payments-under-the-ukraine-facility/>

Rat; Restriktive Maßnahmen gegen den Iran

Der Rat hat am 14.05.2024 beschlossen, den Anwendungsbereich des EU-Rahmens für restriktive Maßnahmen angesichts der militärischen Unterstützung Russlands für den Angriffskrieg gegen die Ukraine durch den Iran zu erweitern. Angesichts der anhaltenden militärischen Unterstützung Irans für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie für nichtstaatliche bewaffnete Gruppen im Nahen Osten und in der Region des Roten Meeres und nach den iranischen Drohnen- und Raketenangriffen auf Israel am 13.04.2024 hat der Rat beschlossen, dass sich die Möglichkeit der EU, restriktive Maßnahmen zu verhängen, nicht nur auf Drohnen, sondern auch auf Raketen erstrecken soll. Die EU wird dann in der Lage sein, Personen und Einrichtungen ins Visier zu nehmen, die iranische Raketen und UAV (unbemannte Luftfahrzeuge) liefern, verkaufen oder anderweitig an deren Weitergabe beteiligt sind. Die betreffenden Personen können dann mit einem Einfrieren ihrer Vermögenswerte und einem Reiseverbot in die Europäische Union belegt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/14/iran-council-broadens-eu-restrictive-measures-in-view-of-iran-military-support-of-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-and-armed-groups-in-the-middle-east-and-red-sea-region/>

Rat; Verlängerung Mandat der EU-Beratungsmission in der Ukraine

Der Rat hat am 14.05.2024 einen Beschluss zur Verlängerung des Mandats der Beratungsmission der Europäischen Union für die Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine) bis zum 31.05.2027 angenommen. Die EUAM Ukraine ist eine zivile Mission ohne Exekutivaufgaben, die am 22.07.2014 eingerichtet wurde. Die EUAM Ukraine arbeitet eng mit lokalen Partnern zusammen, um die Ukraine beim Aufbau nachhaltiger, rechenschaftspflichtiger und effizienter ziviler Sicherheitsdienste zu unterstützen, die die Rechtsstaatlichkeit stärken. Die Mission bietet strategische Beratung und praktische Unterstützung für spezifische Reformmaßnahmen im Einklang mit EU-Standards und internationalen Grundsätzen der guten Regierungsführung und der Menschenrechte, auch zur Unterstützung der beitriffsbezogenen Verpflichtungen der Ukraine. Dabei berät, schult und unterstützt die EUAM relevante ukrainische Partner wie das ukrainische Innenministerium und die ukrainische Nationalpolizei. Das Mandat von EUAM Ukraine wurde im Jahr 2022 erheblich angepasst, um dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Rechnung zu tragen. Seitdem unterstützt die EUAM Ukraine die ukrainischen Behörden bei der Ermittlung und Verfolgung internationaler Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine begangen wurden, bei der integrierten Grenzverwaltung und bei der Unterstützung in befreiten Gebieten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/14/euam-ukraine-council-extends-the-mandate-of-the-eu-advisory-mission-for-civilian-security-sector-reform-until-2027/>

Kommission; Annahme Gesetz „Transparenz ausländischer Einflussnahme“ in Georgien

Der Hohe Vertreter der EU für Sicherheits- und Außenpolitik Josep Borrell hat gemeinsam mit der Kommission die georgischen Behörden am 15.05.2024 aufgefordert, das neue Gesetz über die „Transparenz ausländischer Einflussnahme“ zurückzuziehen. Sie verwiesen auf die großen Proteste gegen das Gesetz sowie auf die unmissverständlichen Forderungen der internationalen Gemeinschaft dazu und erklärten, dass Geist und Inhalt des Gesetzes nicht mit den Kernnormen und -werten der EU im Einklang stehen würden. Borrell betonte, die Annahme dieses Gesetzes wirke sich negativ auf die Fortschritte Georgiens auf dem Weg in die EU aus. Er betonte ebenfalls, dass Einschüchterung, Drohungen und körperlichen Übergriffe auf Vertreter der Zivilgesellschaft, führende Politiker und Journalisten sowie ihre Familien inakzeptabel seien und man die georgischen Behörden auffordere, diese dokumentierten Handlungen zu untersuchen. Georgien hat im November 2023 den Status eines Bewerberlandes bekommen. Voraussetzung war, dass die in der Empfehlung der Kommission genannten Maßnahmen ergriffen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_2628

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

EP; Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-375/22 | Izuzquiza u. a.

Am 08.05.2024 entschied das Gericht der Europäischen Union, dass das EP im Interesse der öffentlichen Kontrolle Zugang zu Informationen über ein MdEP gewähren muss. Im konkreten Fall geht es um den Gründer der rechtsextremen griechischen Partei Goldene Morgenröte Ioannis Lagos, der trotz strafrechtlicher Verurteilung, der Aufhebung seiner Immunität und seiner Inhaftierung sein Mandat als MdEP nicht zurückgab. Am 07.12.2021 stellten drei Bürger beim EP einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten über die Herrn Lagos bewilligten Entschädigungen und Kosten. Sie

begehrten Informationen, die ihnen Aufschluss darüber geben sollten, welche konkreten Beträge Herrn Lagos vom EP bewilligt worden waren und ob diese Beträge zur Finanzierung oder Fortführung krimineller oder rechtswidriger Betätigung beigetragen hatten. Das EP verweigerte den Antragstellern den Zugang zu den angeforderten Dokumenten unter Berufung auf die Verordnung über den Zugang zu Dokumenten und die Verordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Einrichtungen der Union und zum freien Datenverkehr. Mit seinem Urteil vom 08.05.2024 erklärt das Gericht die Entscheidung des EP vom 08.04.2022 für nichtig, soweit den Antragstellern damit der Zugang zu Dokumenten über Herrn Lagos vom EP gezahlte Reisekostenerstattungen und Tagesgelder sowie zu Dokumenten über seinen parlamentarischen Assistenten gezahlte Reisekostenerstattungen verweigert wird. Das Gericht befindet, dass im vorliegenden Fall dem Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu den Dokumenten der Organe Vorrang einzuräumen ist.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-05/cp240082de.pdf>

Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 15.05.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahme abgestimmt: „Den europäischen Verwaltungsraum stärken (ComPAct)“. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Europas Regionen gegen Schocks wappnen: Stärkung der lokalen und regionalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit bei der strategischen Entwicklung des Binnenmarkts“, „Halbzeitüberprüfung des Europäischen Aufbauplans für die Zeit nach der COVID-19-Krise (Aufbau- und Resilienzfähigkeit)“ sowie „Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bezüglich des Umgangs mit den Herausforderungen und Chancen der künstlichen Intelligenz im öffentlichen Sektor“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206601&meetingSessionId=2259215>

Wirtschaft

Kommission; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)-Ministerratstreffen zum Wirtschaftsdialog zwischen Japan und der EU

Am 02.05.2024 fand in Paris das OECD-Ministerratstreffen statt. Valdis Dombrovskis, EU-Handelskommissar, die japanische Außenministerin Kamikawa Yoko, und der japanische Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie Saito Ken, führten im Zuge dessen den fünften Wirtschaftsdialog zwischen Japan und der EU. Es wurde die die Notwendigkeit betont, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan im Bereich der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und der wirtschaftlichen Sicherheit fortzusetzen, um die Verwundbarkeit weltweit zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung für alle zu gewährleisten. Gleichzeitig soll das auf internationalen Regeln basierende Handelssystem der Welthandelsorganisation (WTO) als Kernstück erhalten und verbessert werden. Es wurde weiter eine Initiative für eine engere Zusammenarbeit zur Entwicklung transparenter, widerstandsfähiger und nachhaltiger Lieferketten angekündigt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_2425

Kommission; Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Europäischen Stadtinitiative

Die Kommission veröffentlichte am 06.05.2024 eine dritte mit 90 Mio. EUR ausgestattete Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Europäischen Stadtinitiative (EUI) im Bereich Kohäsionspolitik. Mit den im Rahmen dieser Aufforderung ausgewählten Projekten soll nachhaltige Stadtentwicklung gefördert werden. Es sollen zudem innovative Lösungen in den Städten erprobt werden, um sie bei der Bewältigung des grünen und digitalen Wandels zu unterstützen. Die Projekte müssen sich dabei entweder auf die Energiewende oder Technologie in Städten konzentrieren. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird 80% der Projektkosten finanzieren, wobei jedes Projekt bis zu 5 Mio. EUR erhalten kann. Die restlichen 20% werden von den lokalen Behörden und den Projektpartnern getragen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2389

Kommission; Verteidigungsindustrieforum EU-Ukraine

Am 06.05.2024 fand in Brüssel das Verteidigungsindustrieforum EU-Ukraine statt. Gastgeber des Forums waren der Hohe Vertreter und Vizepräsident Josep Borrell sowie der Kommissar für den Binnenmarkt Thierry Breton zusammen mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba und dem Minister für strategische Industrien der Ukraine, Oleksandr Kamyschin. Maßgeblich wurde die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine auf dem Gebiet der Verteidigungsindustrie besprochen. Die Veranstaltung wurde vom belgischen Vorsitz im Rat der EU und dem Europäischen Verband der Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie unterstützt. Über 400 Vertreter von Regierungen, der Verteidigungsindustrie der EU und der Ukraine, von Industrieverbänden und von wichtigen Partnerländern und -organisationen sowie der EU-Organe nahmen daran teil. Das Forum soll konkrete Initiativen, Vereinbarungen und Leuchtturmprojekte der einschlägigen Kooperation zwischen der EU und der Ukraine, etwa durch Joint Ventures, fördern. Dies soll zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der Verteidigungsindustrie führen und die schrittweise Einbindung der ukrainischen Industrie in die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung voranbringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2374

EuG; Urteil Nichtigerklärung des Kommissionsbeschlusses über die staatliche Beihilfe zugunsten von Condor

Mit Urteil vom 08.05.2024 erklärte das EuG in der Rechtssache T-28/22 den Beschluss der Kommission über Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten von Condor für nichtig. Die Kommission genehmigte mit Beschluss vom 26.07.2021 eine Umstrukturierungsbeihilfe in Höhe von 321 Mio. EUR, die DEU der DEU Charter-Fluggesellschaft Condor zu gewähren beabsichtigte. Ryanair focht diesen Beschluss beim EuG an. Dieser urteilte, dass die Kommission die in Rede stehende Umstrukturierungsbeihilfe nicht ohne Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens hätte genehmigen dürfen. Die Kommission hätte sich fragen müssen, ob die Beihilfe dem Erfordernis einer angemessenen Lastenverteilung gerecht werde. Im Zuge dessen hätte geprüft werden müssen, ob die fragliche Maßnahme zu Konditionen erlassen worden sei, die DEU einen angemessenen Anteil am künftigen Wertgewinn von Condor zusichere. Diese Bedenken wirken sich nach Ansicht des EuG auf die Beurteilung der Kommission aus, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen zur Begrenzung der Wettbewerbsverzerrungen. Somit gibt das EuG dem Antrag von Ryanair auf Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission statt, stellt aber klar,

dass Ryanair den fraglichen Beschluss beim Gericht nur insoweit anfechten kann, als sie damit ihre Verfahrensrechte im Rahmen des förmlichen Prüfverfahrens wahren will. Dagegen kann Ryanair die Rechtmäßigkeit des Inhalts des Beschlusses nicht beanstanden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-28/22>

Kommission; Kommission genehmigt die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch E.ON und OHB

Die Kommission hat am 13.05.2024 die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die E.ON SE und die OHB SE, beides deutsche Unternehmen, nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Das Vorhaben bezieht sich in erster Linie auf mit Flüssigwasserstoff betriebene elektrische Antriebssysteme. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass das angemeldete Vorhaben keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken gibt, da das Gemeinschaftsunternehmen nur in geringem Umfang im Europäischen Wirtschaftsraum tätig ist und die Unternehmen nicht auf denselben oder vertikal verbundenen Märkten tätig sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_24_2601

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11491>

Kommission, Teilnahme der Kommissarin Elisa Ferreira an einem Treffen über die Zukunft der Kohäsionspolitik

Die für Kohäsion und Reformen zuständige Kommissarin Elisa Ferreira nahm am 14.05.2024 an einem Treffen mit den für die Kohäsionspolitik zuständigen Ministern in Prag teil, das im Rahmen der tschechischen Präsidentschaft der Visegrad-Gruppe organisiert wurde. Auf Einladung des stellvertretenden tschechischen Ministerpräsidenten Ivan Bartoš wurden die für Kohäsionspolitik zuständigen Minister aus BUL, KRO, EST, HUN, LET, LIT, POL, ROM, SLK und SLO eingeladen, um über die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 zu diskutieren. Die Sitzung folgt auf die Veröffentlichung des 9. Kohäsionsberichts im März 2024.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_24_2568

Kommission; Ergebnisse der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds

Die Kommission hat am 16.05.2024 die Ergebnisse der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EEF) für das Jahr 2023 bekannt gegeben. Insgesamt werden 54 gemeinsame europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Verteidigungsbereich mit EU-Mitteln in Höhe von 1.031 Mio. EUR gefördert. Die ausgewählten Projekte werden technologische Leistungen in einem breiten Spektrum von Verteidigungsfähigkeiten in kritischen Bereichen unterstützen, darunter u.a. Cyberabwehr, Boden-, Luft- und Seeabwehr, Schutz weltraumgestützter Ressourcen oder chemische, biologische, radiologische und nukleare Verteidigung (CBRN). Sie werden nach Ansicht der Kommission zu den Fähigkeitenprioritäten der EU beitragen. Weiter werden die Projekte auch den strategischen Luftverkehr mit überdimensionierter Fracht unterstützen. Außerdem sollen u.a. Verteidigungstechnologien zur Abwehr unbemannter Luftsysteme wie Drohnen vorangebracht werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2666

EIB; Änderung der Dual-Use-Definition und Anpassung der Regeln zur Finanzierung der Verteidigungsindustrie

Der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) hat am 16.05.2024 eine aktualisierte Definition von Gütern und Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck (Dual Use) genehmigt. Durch den Wegfall der Mindestschwelle von 50% erwarteter

Einnahmen aus zivilen Anwendungen, die bisher für Dual-Use-Projekte galt, werden mehr Vorhaben für eine Finanzierung durch die EIB in Betracht kommen. Die EIB-Gruppe darf nun Projekte und Infrastruktur finanzieren, die militärisch oder polizeilich genutzt werden und auch zivilen Zwecken dienen. Eine Mindestschwelle für den Erlös aus zivilen Anwendungen oder einen Mindestanteil an zivilen Nutzern gibt es nicht mehr. Weiter stimmte die EIB Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Sicherheits- und Verteidigungssektor zu. Dafür sollen zweckgebundene Kreditlinien an Banken geöffnet werden. Auch wurden für Projekte, die im Bereich erneuerbare Energien, Landwirtschaft, nachhaltigen Verkehr und Unternehmensinvestitionen angesiedelt sind, Neukredite von insgesamt 4,5 Mrd. EUR freigegeben. Dadurch soll nach Ansicht der EIB die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gestärkt werden.

<https://www.eib.org/de/press/all/2024-174-eib-board-of-directors-steps-up-support-for-europe-s-security-and-defence-industry-and-approves-eur-4-5-billion-in-other-financing>

V e r k e h r

Eurostat; 0,56 Personenkraftwagen (PKW) pro Einwohner im Durchschnitt in der EU im Jahr 2022

Eurostat veröffentlichte am 06.05.2024 eine Statistik bezüglich PKW pro Einwohner in der EU, aus welcher u.a. hervorgeht, dass es im Jahr 2022 in der EU im Durchschnitt 0,56 PKW pro Einwohner gab, genauso viel wie im Jahr 2021. Hervorgehoben wurde aber, dass sich hinter dieser Zahl erhebliche regionale Unterschiede verbergen, die von 2,34 im Aostatal (ITA) bis zu 0,08 in Mayotte (FRA) reichen. Weiter geht aus den Daten der Verkehrsstatistik hervor, dass regionale Motorisierungsraten (PKW pro 1.000 Einwohner) oft mit wirtschaftlichen Bedingungen verbunden sind, sie können aber auch durch besondere Umstände beeinflusst werden. So wurde z.B. die Rekordquote des Aostatals durch günstige Steuervorschriften beeinflusst. Im Jahr 2022 lagen die drei Regionen mit der höchsten Motorisierungsrate in ITA: Aostatal mit 2.339 PKW pro 1.000 Einwohner, gefolgt von der Provincia Autonoma di Trento mit 1.431 PKW pro 1.000 Einwohner und der Provincia Autonoma di Bolzano mit 935 PKW pro 1.000 Einwohner. Unter den 10 Regionen mit dem höchsten Motorisierungsgrad befanden sich sechs in ITA und jeweils eine in FIN, GRI, den NDL und der CZR.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240506-2>

E n e r g i e

Kommission; Treffen von Energiekommissarin Kadri Simson mit dem ukrainischen Energieminister German Galushchenko

Am 06.05.2024 besuchte die Energiekommissarin Kadri Simson den ukrainischen Energieminister German Galushchenko in Kiew. Dabei wurde u.a. die Zusammenarbeit zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des ukrainischen Energiesystems zur Vorbereitung auf die nächste Heizperiode erörtert. Die Energiekommissarin wies darauf hin, dass die EU die Ukraine beim Wiederaufbau ihrer Energieinfrastruktur unterstützen wird, damit Industrie und Haushalte keine Einschränkungen bei der Stromversorgung hinnehmen müssen. Es wurde der Bedarf des ukrainischen Energiesektors an Ausrüstungen, die von europäischen Partnern bereitgestellt werden können, erörtert. Besonderes Augenmerk wurde auf finanzielle

Unterstützung gelegt. Auch wurde die Bedeutung des Potenzials der Verbundnetze zwischen der Ukraine und den Mitgliedstaaten hervorgehoben, die es ermöglichen, Strom aus den Partnerländern zum Ausgleich des Energiesystems zu importieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_2467

Kommission; Annahme neuer Empfehlungen und Leitlinien zur Verbesserung der Genehmigungsverfahren und Auktionen für erneuerbare Energien

Am 13.05.2024 nahm die Kommission neue und aktualisierte Empfehlungen und Leitlinien zur Verbesserung und Straffung der Genehmigungsverfahren und Auktionen für erneuerbare Energien an. Nach Ansicht der Kommission sollen diese dazu führen, den Einsatz erneuerbarer Energien in den Mitgliedstaaten weiter zu beschleunigen und die Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland zu verringern. In der angenommenen aktualisierten Empfehlung zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und dem dazugehörigen Leitfadens zeigt die Kommission Wege zur Verbesserung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien und damit verbundener Infrastrukturprojekte in der EU auf. Der aktualisierte Leitfaden für die Erteilung von Genehmigungen unterstreicht die Bedeutung der Digitalisierung und der Beteiligung der Bevölkerung, der Humanressourcen und der Kompetenzen und zeigt auf, wie Standortauswahlverfahren und Netzanschlüsse am besten gehandhabt werden können. Weiter wurde das Auktionsdesign verbessert. Die Verfahren wurden im Einklang mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung stärker harmonisiert.

https://energy.ec.europa.eu/publications/recommendation-and-guidance-speeding-permit-granting-renewable-energy-and-related-infrastructure_en

https://energy.ec.europa.eu/publications/recommendation-and-guidance-auction-design-renewable-energy_en

Eurostat; Elektrizität und Gas machten im Jahr 2022 64,5% des industriellen Endenergieverbrauchs in der EU aus

Eurostat veröffentlichte am 13.05.2024 eine Statistik aus welcher hervorgeht, dass im Jahr 2022 Strom (33,3%) und Erdgas (31,2%) fast zwei Drittel (64,5%) des Endenergieverbrauchs der Industrie in der EU ausmachten. Gemäß Eurostat ist der Sektor weitgehend auf fossile Brennstoffe angewiesen, die 2022 mehr als die Hälfte (50,5%) des Endenergieverbrauchs der Industrie ausmachten. Dies ist etwas weniger als im Jahr 2021 (50,9%). Auf Strom und Erdgas folgten Erdöl und Erdölzeugnisse (ohne Biokraftstoffe; 10,8%), erneuerbare Energien und Biokraftstoffe (10,6%), Wärme (5,6%), feste fossile Brennstoffe (6,3%) und nicht erneuerbare Abfälle (2,1%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240513-1>

Digital

Kommission; Bekämpfung von Online-Desinformation zur Europawahl

Die Kommission hat am 08.05.2024 eine Reihe von Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Risiken von Online-Desinformation eingeleitet. Im Mittelpunkt steht eine europaweite Kommunikationskampagne in allen 24 Amtssprachen der EU, welche die Bürgerinnen und Bürger über Risiken informieren, kritisches Denken fördern und praktische Tipps gegen Online-Desinformation geben soll. Die Kommission veröffentlichte zudem einen Online-Werkzeugkasten zur Thematik mit praktischen Anleitungen für Lehrerinnen und Lehrer. Darüber hinaus wird eine neue EU-Website Interessierten einen zentralen Zugang zu Informationen für die Abwehr von Online-Desinformation bieten.

Forschung

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN; Hochschulen

Die Kommission hat am 24.04.2024 beschlossen, mit der Übermittlung eines Aufforderungsschreibens ein Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN einzuleiten, weil das Land dem EU-Recht und dem Urteil des EuGH in der Rechtssache C-66/18 nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist. Der Gerichtshof hatte in diesem Urteil vom 06.10.2020 befunden, dass HUN gegen EU-Recht und das internationale Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) verstößt, indem es die Ausübung einer zu einem Abschluss führenden Lehrtätigkeit durch eine ausländische Hochschuleinrichtung mit Sitz in einem Land außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) nur unter zwei Bedingungen zulässt. Nach ungarischem Recht muss zwischen der Regierung HUN und der Regierung des Staates, in dem die ausländische Hochschuleinrichtung ihren Sitz hat, ein völkerrechtlicher Vertrag abgeschlossen worden sein. Außerdem müssen die Hochschuleinrichtungen in dem Land, in dem sich ihr Sitz befindet, auch tatsächlich eine Hochschulausbildung durchführen, um ihre Tätigkeit in HUN ausüben zu dürfen. In einem am 18.05.2021 erlassenen neuen ungarischen Gesetz wurde die zweite Bedingung gestrichen. Das neue Gesetz schreibt jedoch nach wie vor den Abschluss eines Vertrags zwischen HUN und dem Herkunftsland vor, was weiterhin einen Verstoß gegen die Grundsätze des GATS und der EU-Grundrechtecharta darstellt. Die Kommission richtete daher das Aufforderungsschreiben an HUN. Die Regierung hat nun zwei Monate Zeit, um die Mängel zu beheben. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den EuGH anzurufen. Da es sich bereits um eine zweite Anrufung des Gerichtshofs handelt, könnten sogar finanzielle Sanktionen für den Zeitraum ab dem ersten Urteil bis zur Einhaltung der Vorschriften verhängt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_24_1941

Kommission; Horizont Europa; Forschungsbewertung

Die Kommission hat am 30.04.2024 einen Aktionsplan zum Thema Bewertung von Forschungsarbeiten in der EU veröffentlicht. Dieser Aktionsplan soll die Verpflichtungen aus der bereits 2022 geschlossenen Vereinbarung über die Reform der Forschungsbewertung umsetzen. Ziel der Reform des Forschungsbewertungssystems ist es, die Qualität, die Leistung und die Auswirkungen von Forschung und Forschenden anhand geeigneterer Kriterien und Verfahren besser zu bewerten. Die Kommission verpflichtet sich in diesem Aktionsplan dazu, mögliche Verbesserungen der Vergabekriterien für Forschungsvorschläge im Hinblick auf das Forschungsrahmenprogramm (ab 2028) zu unterbreiten, um eine Vielfalt von Beiträgen anzuerkennen, die zu Qualität und Wirkung beitragen. Die Kommission erwägt, im neuen Rahmenprogramm auch innovative Pilotaktionen im Bereich der Forschungsbewertung vorzunehmen. Zudem seien Verbesserungen bei der Auswahl von Gutachtern im Rahmen der Bewertung von Forschungsvorschlägen denkbar, auch bereits im aktuellen Rahmenprogramm. Zudem möchte die Kommission die sog. „Key Impact Pathways“ für Horizon-Forschungsanträge genauer unter die Lupe nehmen und dafür sorgen, dass quantitative Indikatoren verantwortungsbewusst genutzt werden. Weiterhin seien Rankings von Forschungsorganisationen innerhalb von Horizont Europa nach wie vor ausgeschlossen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/download/e69aff11-4494-4e5f-866c-694539a3ea26_en?filename=ec_rtd_commitments-reform-research-assessment.pdf

Kommission; Forschungsk Kooperation; Horizont Europa; Ukraine

Am 03.05.2024 hat die Kommission bekanntgegeben, dass sie das ursprünglich vorgesehene Budget für eine Initiative zur Unterstützung der Mobilität ukrainischer Forschender deutlich erhöht hat. Im Rahmen des Stipendienprogramms EURIZON, einem aus Horizont 2020 geförderten europäischen Netzwerkprojekt, werden ukrainische Forschende auf Antrag mit "Remote Research Grants" unterstützt, in Verbindung mit der Nutzung europäischer Forschungsinfrastrukturen. Zu den erwarteten Vorteilen für ukrainische Forscher zählt die Möglichkeit, ihre Forschungsprojekte neu zu starten, berufliche Kontakte zu knüpfen und Infrastrukturen außerhalb der Ukraine zu nutzen. 65 Projekte, die von 324 ukrainischen Forschenden geleitet werden, werden von dem Stipendienprogramm profitieren. Das Budget wurde von 1,5 Mio. EUR auf 4,5 Mio. EUR verdreifacht. An dem Projektkonsortium sind auch hessische Hochschulen beteiligt (Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main und Justus-Liebig-Universität Gießen).

<https://www.eurizon-project.eu/consortium/>

Kommission; Horizont Europa; Förderausschreibungen; Verkehrsforschung

Die Kommission hat am 07.05.2024 eine Reihe von Fördercalls im Bereich von Verkehrsinnovationen in Höhe von insgesamt 163,5 Mio. EUR veröffentlicht. Die Ausschreibungen laufen bis zum 05.09.2024. 13 Calls betreffen den Bereich der Förderung sicherer, automatisierter und nachhaltiger Mobilitätssysteme. Mit weiteren 39 Mio. EUR wird die Batterieforschung für Anwendungen im Verkehrsbereich gefördert. Ziel ist die Unterstützung der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität, die 2020 zusammen mit einem Aktionsplan verabschiedet wurde. Eine Leitmarke ist es, Fahrten mit verschiedenen, miteinander vernetzten Verkehrsträgern durchzuführen. Digitalisierung und Automatisierung werden dabei als zentral angesehen. 20 Mio. EUR stehen für zwei Projekte bereit, die sich mit der Verbesserung der Logistik befassen, um den Güterverkehr zu dekarbonisieren. Ein zweiter Fokus zielt darauf ab, das Verkehrsmanagement effizienter zu gestalten, indem ein Systemansatz zur Steuerung der verschiedenen Fahrzeugtypen in einem gemischten Verkehrsumfeld verfolgt wird. Hierfür stehen 12 Mio. EUR bereit. Weitere ausgeschriebene Projektthemen sind u.a.: kooperative und automatisierte Mobilitätssysteme, KI für vernetzte, kooperative und automatisierte Mobilitätsanwendungen, Optimierung des multimodalen Verkehrsmanagements, Nutzung von Infrastrukturdaten, Mobilität von Personen und Güterverkehr, politische Maßnahmen und Steuerung zur Gestaltung der künftigen Verkehrs- und Mobilitätssysteme, Gewährleistung der Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Gefahrenabwehr von digitalen Systemen auf dem Wasser, Auswirkungen disruptiver Veränderungen im Verkehr, sowie die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/horizon-europe-eu1635-million-available-fund-green-smart-and-resilient-transport-and-mobility-2024-05-07_en

Kommission; Ausschreibungen; Horizont Europa;

Am 08.05.2024 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie eine Reihe von Förderausschreibungen im Bereich der Agrarforschung lanciert hat. Die Ausschreibungen befassen sich mit Projekten, die zur Verbesserung der Bodengesundheit beitragen, und die mit einem Gesamtbudget von 134,5 Mio. EUR im Rahmen des Programms Horizont Europa ausgestattet sind. Die Ausschreibungen sind Teil der interdisziplinären Innovations-Mission zum Thema Bodenschutz (Soil

Health). Die Ausschreibungen sind für die wettbewerblichen Anträge bis zum 08.10.2024 geöffnet. Parallel hat die Kommission am selben Tag weitere Innovationsausschreibungen veröffentlicht, um Projekte zu nachhaltigen, gesunden und fairen Lebensmittelsystemen, zur Bekämpfung des Klimawandels im Landwirtschaftsbereich zu finanzieren. Hierzu steht ein Budget von rund 63 Mio. EUR bereit. Darüber hinaus wurde ein Fördercall zur Einreichung von Vorschlägen im Wert von 28 Mio. EUR zum Thema „Land, Ozean und Wasser für den Klimaschutz“ lanciert. Die beiden letztgenannten Fördercalls sind bis zum 24.09.2024 geöffnet.

https://rea.ec.europa.eu/funding-and-grants/horizon-europe-cluster-6-food-bioeconomy-natural-resources-agriculture-and-environment/soil-mission_en

Finanzdienstleistungen

EP; Engere Kooperation mit dem ESM

Wie das EP am 13.05.2024 bekannt gab, unterzeichnete es mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Memorandum of Understanding. Dieses legt u.a. die Struktur des gemeinsamen Dialogs fest und ermöglicht es den Abgeordneten des zuständigen ECON-Ausschusses, schriftliche Fragen an den ESM zu richten sowie diesen einmal im Jahr zu besuchen. Der ESM wurde im Nachgang zur Eurokrise ins Leben gerufen, um überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone im Gegenzug zu Reformen Kredite zur Verfügung zu stellen und sie so finanziell zu stabilisieren. Er ist rechtlich unabhängig von der Europäischen Union.

https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/283500/20240430_MoC%20EP%20ESM_Execution%20with%20EP%20Logov2%20dated%207%20May%20signed.pdf

Finanzen

EuRH; Einziehung vorschriftswidriger EU-Ausgaben dauert zu lange

In einem Sonderbericht vom 07.05.2024 bemängelte der Europäische Rechnungshof (EuRH) die derzeitige Praxis der Einziehung vorschriftswidriger EU-Ausgaben. So vergingen zwischen dem Ende der geförderten Maßnahme und der Rückforderung der Mittel oft 14 bis 23 Monate. Hinzu kämen nochmals drei bis fünf Monate, bis die regelwidrig ausgegebenen Mittel tatsächlich erstattet würden. In 1 bis 8% der Fälle werde vollständig auf die Rückforderung verzichtet. Problematisch sei insbesondere die Rückforderung im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung, die den Mitgliedstaaten obliegt: Hier seien die Einziehungsquoten sehr unterschiedlich, aber insgesamt gering. Zum besseren Schutz der finanziellen Interessen der EU empfiehlt der EuRH u.a. eine verbesserte Berichterstattung und kürzere Fristen zur Eintreibung der Mittel.

https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-07/SR-2024-07_DE.pdf

Rat; Eurogruppe und ECOFIN-Rat

Im Rahmen der Tagung des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN-Rat) einigten sich die EU-Finanzministerinnen und -minister auf eine Allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie zur schnelleren und sichereren Entlastung von Quellensteuerüberschüssen (FASTER). Eine Einigung zum Paket „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“ kam dagegen nicht zustande. Weiterhin beschloss der ECOFIN-Rat zwei Schlussfolgerungen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie zur Finanzkompetenz. Zu den weiteren Themen auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates gehörten u.a. das Bündnis von Finanzministern für Klimaschutz sowie ein Austausch mit dem ukrainischen Finanzminister Sergii Marchenko zu den finanziellen

Folgen des russischen Angriffskrieges. Am Vortag hatte sich die Eurogruppe bereits u.a. mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, der Bankenunion sowie dem Bericht des ehemaligen FRA Zentralbankchefs Christian Noyer zur Vollendung der Kapitalmarktunion befasst.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2024/05/14/>

Kommission; Frühjahrsprognose 2024

Am 15.05.2024 legte die Kommission ihre Frühjahrsprognose 2024 vor. Darin geht sie für die Eurozone von einem BIP-Anstieg von 0,8% (EU: 1,0%) für das Jahr 2024 aus, korrigiert aber für das Jahr 2025 ihre Prognose mit 1,4% (EU: 1,6%) leicht nach unten. Die Wirtschaft von EU und Eurozone habe sich im 1. Quartal 2024 nach langanhaltender Stagnation deutlich erholt. Die Kommission erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzt – gestützt auf eine weiter sinkende Inflation, den robusten Arbeitsmarkt und den dadurch geförderten privaten Konsum. Gleichzeitig seien jedoch die geopolitischen Risiken mit Blick auf die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine hoch. DEU, für das die Kommission nur ein Wachstum von 0,1% für 2024 voraussagt, ist eines der wirtschaftlichen Schlusslichter der EU.

https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/c63e0da2-c6d6-4d13-8dcb-646b0d1927a4_en?filename=ip286_en.pdf&prefLang=de

S o z i a l e s

OSHA; Hinweis auf Foresight-Projekte zu zukünftigen Risiken bei der Arbeit

Am 06.05.2024 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) auf ihre Reihe an Projekten zu zukünftigen Risiken und Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit hingewiesen. Durch technologischen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandel betroffene Schlüsselthemen der Zukunft sind etwa Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, grüne Arbeitsplätze, Nanomaterialien sowie der Klimawandel.

<https://osha.europa.eu/en/emerging-risks>

EIGE; Bericht zu finanzieller Unabhängigkeit und Gleichstellung veröffentlicht

Am 06.05.2024 hat das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) einen Bericht zum Zusammenhang von finanzieller Unabhängigkeit und der Gleichstellung der Geschlechter veröffentlicht. Mit dem Hintergrund des geschlechtsspezifischen Einkommensgefälles in der EU von durchschnittlich 36,2% und wirtschaftlicher Gewalt in Partnerschaften definiert der Bericht finanzielle Unabhängigkeit nicht nur über das Einkommen. Es werden auch Faktoren wie Wohlstand und die Dynamik von Macht und Kontrolle der Finanzen innerhalb der Haushalte mit einbezogen. Der Bericht wurde im Auftrag des belgischen Ratsvorsitzes der EU erstellt. Zentrale Empfehlungen umfassen: 1. Die Entwicklung von Standardindikatoren zur Überwachung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei finanzieller Unabhängigkeit 2. Eine Sensibilisierung für die multidimensionale Definition und Messung finanzieller Unabhängigkeit 3. Die Verhinderung und Bekämpfung von wirtschaftlicher Gewalt gegen Frauen und die gezielte Unterstützung der Opfer.

<https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/financial-independence-and-gender-equality-joining-dots-between-income-wealth-and-power>

Rat; Zwei Richtlinien zur Stärkung von Gleichstellungsstellen angenommen

Am 07.05.2024 hat der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz zwei Richtlinien für EU-weite gemeinsame Mindestanforderungen für Gleichstellungsstellen förmlich angenommen. Diese beinhalten etwa erweiterten Zuständigkeiten und Befugnisse für Gleichstellungsstellen, die Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen sowie die Gewährleistung ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen. Des Weiteren werden öffentliche Einrichtungen dazu verpflichtet, Gleichstellungsstellen bei Fragen im Zusammenhang mit Diskriminierung zu konsultieren. Das EP hatte den Vorschriften am 10.04.2024 zugestimmt (siehe Bericht aus Brüssel 08/2024). Nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in ihr nationales Recht umzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/07/strengthening-the-role-of-equality-bodies-across-the-eu-council-adopts-two-directives/>

Rat; Entschließung und Schlussfolgerungen zu Jugend angenommen

Am 14.05.2024 hat der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport drei Schlussfolgerungen und eine Entschließung zur gezielten Unterstützung und Förderung junger Menschen angenommen. Darin fordert er die Mitgliedstaaten und die Kommission zur Schaffung integrativer Gesellschaften für junge Menschen auf, die ihnen die Beteiligung an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen ermöglichen und ihren Übergang ins Erwachsenenalter erleichtern. Diese sollen vor allem durch die Entwicklung von Konzepten für qualitativ hochwertige Jugendarbeit auf allen Politikebenen verbessert werden. Zusätzlich erkennt der Rat die Erfolge des Europäischen Jahres der Jugend 2022 an und fordert die Kommission auf, die darin entwickelten Schlüsselmechanismen weiter auszubauen.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2024/05/13-14/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

FRA; Steigende Belästigung und Gewalt gegen LSBTIQ-Personen

Am 14.05.2024 hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) Ihren Bericht „LSBTIQ-Gleichberechtigung am Scheideweg: Fortschritte und Herausforderungen“ veröffentlicht. Im Vergleich zu früheren Umfragen in 2012 und 2019 gehen demnach heute mehr LSBTIQ-Personen offen mit ihrer Identität um, während jüngere Menschen vor allem durch Lehrkräfte sowie Mitschülerinnen und Mitschüler mehr Unterstützung und Toleranz erfahren. Dennoch sind sie heute häufiger Opfer von Gewalt, hassmotivierter Belästigung und Mobbing. Nach dem Bericht sind inter*, trans*, nicht-binäre und genderdiverse Personen diesen besonders häufig ausgesetzt und haben öfter mit psychischen Problemen, Obdachlosigkeit und erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem zu kämpfen. Die Agentur fordert daher die Mitgliedstaaten auf, Hasskriminalität gegen und Diskriminierung von LSBTIQ-Personen deutlich stärker zu bekämpfen und einen sicheren Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

<https://fra.europa.eu/en/publication/2024/lgbtiq-crossroads-progress-and-challenges>

ECDC; Bericht zu Krankenhausinfektionen veröffentlicht

Am 06.05.2024 hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) seinen Bericht zur Prävalenzerhebung über therapieassoziierte Infektionen und den Einsatz antimikrobieller Mittel in europäischen Akutkrankenhäusern veröffentlicht. Danach infizierten sich im Zeitraum 2022-2023 4,3 Mio. Patientinnen und Patienten während eines Krankenhausaufenthalts in der EU. Zu den häufigsten Erkrankungen zählten Infektionen der Atemwege, vor allem Lungenentzündung und COVID-19, Harnwegs- und gastrointestinale Infektionen sowie Infektionen an Operationsstellen und der Blutbahnen. Zudem erhöhte sich die Gabe antimikrobieller Mittel im Vergleich zum Zeitraum 2016-2017. Im Zusammenhang mit antibiotikaresistenten Bakterien erachtet dies das ECDC als besorgniserregend. Laut des vorliegenden Berichts gelten mindestens 20% der dokumentierten Infektionen als vermeidbar, vor allem mit Hilfe nachhaltiger und vielseitiger Programme zur Prävention und Kontrolle.

<https://www.ecdc.europa.eu/sites/default/files/documents/healthcare-associated-point-prevalence-survey-acute-care-hospitals-2022-2023.pdf>

OSHA; Mitteilung zu interaktiven Gefährdungsbeurteilungsinstrumente

Am 07.05.2024 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) eine Mitteilung zu 16 Online-Gefährdungsbeurteilungsinstrumenten (OiRA) zur Sicherheit von Beschäftigten im Bildungswesen veröffentlicht. Risiken in diesem Bereich umfassen etwa psychosozialen Stress oder auch physische Beeinträchtigungen durch langes Stehen und Sitzen. Neben nationalen OiRA-Projekten sind hierzu auch Instrumente auf EU-Ebene zum sozialen Dialog und für den tertiären Bildungssektor in der Entwicklung. Diese sollen vor allem kleinere Einrichtungen dabei unterstützen, Risiken für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit zu vermeiden.

https://oira.osha.europa.eu/en/oira-tools?aggregated_field=&f%5B0%5D=sector%3A1186&facets_query=&page=%2C1

EU-Agenturen; Gemeinsamer Aktionsrahmen für One-Health-Agenda der EU

Am 07.05.2024 haben fünf EU-Agenturen (ECDC, ECHA, EEA, EFSA, EMA) ihre verstärkte Zusammenarbeit zur Umsetzung der One-Health-Agenda der EU angekündigt. Das sektorübergreifende Konzept soll die Vorhersage und Vorbeugung von Gesundheitsbedrohungen vereinfachen und eine bessere Reaktion der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf diese gewährleisten. Um dies zu erreichen, wird eine behördenübergreifende Taskforce in den nächsten drei Jahren an verbesserter Koordinierung, dem Aufbau von Kapazitäten und der Einbeziehung von Interessengruppen arbeiten.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/one-health-joint-framework-action-published-five-eu-agencies>

EFSA; „Safe2Eat“ Kampagne gestartet

Am 07.05.2024 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) mit Partnerinnen und Partnern in 17 EU-Mitgliedsstaaten ihre „Safe2Eat“-Kampagne gestartet, um Menschen bei der informierten Wahl ihrer Lebensmittel zu unterstützen. Dank hoher Lebensmittelsicherheitsstandards gelten Nahrungsmittel in der EU als sicher. Nach Zahlen der EFSA bekunden rund 70% der Europäerinnen und Europäer Interesse an Lebensmittelsicherheit, während 60% die verfügbaren Informationen als zu technisch und schwer verständlich empfinden. Darum zielen die unter der Kampagne anlaufenden Initiativen auf EU- und nationaler Ebene darauf ab, Aspekte

wie etwa lebensmittelbedingte Krankheiten und den richtigen Umgang mit Lebensmitteln verständlicher zu erklären.

<https://www.efsa.europa.eu/en/news/safe2eat-2024-campaign-empowering-consumers-across-europe>

Kommission; Start der Europäischen Woche für psychische Gesundheit 2024

Am 13.05.2024 hat die Kommission eine Mitteilung zum Start der Europäischen Woche für psychische Gesundheit veröffentlicht. Die Woche ist Teil des im Juni 2023 von der Kommission veröffentlichten Konzepts für psychische Gesundheit. Sie dient dazu, die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen sowie die Diskriminierung Erkrankter zu überwinden. Nach Schätzung der Kommission betragen die durch psychische Probleme allein bei Kindern und Jugendlichen verursachten Kosten rund 50 Mrd. EUR jährlich. In einer Eurobarometer-Umfrage gaben zudem 46% der Befragten an, in den letzten 12 Monaten an emotionalen oder psychosozialen Problemen gelitten zu haben. Um diese Probleme anzugehen, verweist die Kommission auf bisherige und zukünftige Investitionen und Projekte zur psychosozialen Versorgung, dem Aufbau besserer Kapazitäten und der Unterstützung der psychischen Gesundheit von Kindern.

https://commission.europa.eu/news/better-together-co-creating-future-mental-health-2024-05-13_en

Rat; Entschließung und Schlussfolgerungen zu Sport angenommen

Am 14.05.2024 hat der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport eine Entschließung über den EU-Arbeitsplan für den Sport 2024-2027 angenommen. Die drei Hauptpunkte des Plans umfassen Maßnahmen zu Integrität und Werten, der sozioökonomischen und nachhaltigen Dimension sowie der Teilnahme am Sport. Des Weiteren billigten die Ministerinnen und Minister Schlussfolgerungen zum selbstorganisierten Sport als Teil eines aktiven und gesunden Lebensstils in Europa. Hierin werden die Mitgliedstaaten und die Kommission ermutigt, die Ausübung selbstorganisierten Sports vor allem in weniger ausgebauten Regionen der EU zu fördern. Außerdem tauschten sie sich zur Rolle von Freiwilligen im europäischen Sport und Maßnahmen zur gezielten Förderung dieser aus.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2024/05/13-14/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

Rat; Verhandlungsposition zur Spielzeugsicherheit

Am 15.05.2024 legte der Rat seine Verhandlungsposition zur Überarbeitung der Verordnung zur Spielzeugsicherheit fest. Die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zielen unter anderem darauf ab, den Schutz vor schädlichen Chemikalien (z. B. endokrinen Disruptoren) zu verbessern. Außerdem soll die Durchsetzung durch die Einführung eines digitalen Produktpass verstärkt werden. Der Standpunkt des Rates unterstützt die allgemeinen Ziele des Vorschlags, schlägt aber unter anderem Änderungen vor, um die Pflichten der Wirtschaftsakteure und Online-Marktplätze zu klären. Er legt den Inhalt des digitalen Produktpasses und die Warnhinweise fest und erhöht die Zahl der Stoffe, deren Vorhandensein in Spielzeug verboten ist.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/15/toy-safety-council-adopts-position-on-updated-rules/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

EuGH; Urteil zu Fluggastrechten bei Verspätung durch Mangel an Flughafenpersonal

Am 16.05.2024 urteilte der Gerichtshof in der Rechtssache C_405/23, dass es sich bei einem Mangel an Flughafenpersonal für die Gepäckverladung, der zu einer großen Verspätung des Fluges geführt hat, um einen „außergewöhnlichen Umstand“ handeln kann. Nach dem Unionsrecht ist eine Fluggesellschaft nicht verpflichtet, für eine Verspätung von mehr als drei Stunden Ausgleichszahlungen zu leisten, wenn sie nachweisen kann, dass die Verspätung auf „außergewöhnliche Umstände“ zurückgeht, die sich auch dann nicht hätten vermeiden lassen, wenn alle zumutbaren Maßnahmen ergriffen worden wären.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-05/cp240086de.pdf>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Informationspflichten bei der Verbringung von Abfällen

Am 30.04.2024 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Konsultation. Werden Abfälle im Empfängerstaat zur nachfolgenden vorläufigen oder nicht vorläufigen Behandlung von einer Anlage zu einer anderen Anlage verbracht, müssen die Informationen über diese nachfolgende Behandlung über das zentrale elektronische System übermittelt werden. Ziel der Initiative ist die Festlegung eines Musters für eine Bescheinigung, die von den Anlagen, die eine nachfolgende Behandlung von verbrachten Abfällen durchführen, auszustellen ist, wenn die nachfolgende Behandlung in einer anderen Anlage abgeschlossen wurde. Rückmeldungen sind bis zum 28.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14175-Verbringung-von-Abfallen-erforderliche-Informationen-in-Bescheinigungen-uber-die-Durchfuhrung-der-nachfolgenden-vorlaufigen-oder-nicht-vorlaufigen-Verwertung-und-Beseitigung_de

Kommission; Konsultation zur Berechnung des CO₂-Fußabdrucks von Batterien für Elektrofahrzeuge

Am 30.04.2024 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zum CO₂-Fußabdruck von Batterien für Elektrofahrzeuge zur Konsultation. Die Batterieverordnung enthält für mehrere Batteriekategorien Anforderungen an den CO₂-Fußabdruck über den gesamten Lebenszyklus. Die Einzelheiten hierzu sind in Durchführungsvorschriften festzulegen. Als erster Schritt zur Umsetzung der Anforderungen wird in diesem Rechtsakt die Methode für die Berechnung und Überprüfung ihres CO₂-Fußabdrucks über den gesamten Lebenszyklus festgelegt. Rückmeldungen sind bis zum 28.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13877-Batterien-fur-Elektrofahrzeuge-Methode-zur-Ermittlung-des-CO2-Fu%C3%9Fabdrucks_de

Kommission; Konsultation zum Format der Erklärung zum CO₂-Fußabdruck von Batterien

Am 30.04.2024 stellte die Kommission einen Entwurf für eine Durchführungsverordnung zum Format der Erklärung zum CO₂-Fußabdruck von Batterien zur Konsultation. Die Batterieverordnung enthält für mehrere Batteriekategorien Anforderungen an den CO₂-Fußabdruck über den gesamten Lebenszyklus. Die Einzelheiten hierzu sind in Durchführungsvorschriften festzulegen.

In diesem Rechtsakt wird das Format festgelegt, das Unternehmen bei der Angabe des CO₂-Fußabdrucks ihrer Batterien verwenden müssen. Rückmeldungen sind bis zum 28.05.2024 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13878-Batterien-Format-der-Erklärung-zum-CO₂-Fußabdruck_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13878-Batterien-Format-der-Erklärung-zum-CO2-Fußabdruck_de)

Kommission; Konsultation zur Kennzeichnung F-Gas-haltiger Produkte

Am 07.05.2024 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation über einen Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Kennzeichnung F-Gas-haltiger Produkte. Mit der neuen F-Gas-Verordnung wurde die Gruppe der Erzeugnisse und Einrichtungen, die als F-Gase enthaltend gekennzeichnet werden müssen, vergrößert. Deshalb ist es erforderlich, die derzeitige Durchführungsverordnung aufzuheben und zu ersetzen, um die Vorschriften über die Form der Kennzeichnung von F-Gasen zu aktualisieren. Rückmeldungen sind bis zum 04.06.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14209-F-Gase-Aktualisierung-der-Form-der-Kennzeichnung_de

Kommission; Bürgerinitiative zur Emissionsbesteuerung

Am 13.05.2024 beschloss die Kommission die Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative „Den Planeten retten – Arbeit steuerlich entlasten und Treibhausgasemissionen stärker besteuern“. Die Initiative fordert die Kommission auf, das EU-System für die CO₂-Bepreisung zu stärken, indem zur Erreichung der Emissionsreduktionsziele die Abschaffung kostenloser Zertifikate beschleunigt und eine nicht gedeckelte Bepreisung von CO₂-Emissionen ermöglicht wird. Außerdem soll ein wesentlicher Teil der daraus resultierenden Einnahmen an einkommensschwache Haushalte umverteilt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2526

Rat; Verabschiedung neuer CO₂-Standards für schwere Nutzfahrzeuge

Der Rat hat am 13.05.2024 die Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge förmlich angenommen und damit die geltenden EU-Vorschriften geändert und verschärft. So werden neue Zielvorgaben für neue schwere Nutzfahrzeuge für 2030, 2035 und 2040 (45%, 65% und 90% Minderung) festgelegt. Der Anwendungsbereich wird auf nahezu alle neuen schweren Nutzfahrzeuge erweitert – darunter auch kleinere Lastkraftwagen, Stadtbusse, Reisebusse und Anhänger. Mit den neuen Vorschriften wird die Zielvorgabe einer 100%igen Emissionsfreiheit für neue Stadtbusse bis 2035 eingeführt, mit einem Zwischenziel von 90% für diese Fahrzeugkategorie bis 2030.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/13/heavy-duty-vehicles-council-signs-off-on-stricter-co2-emission-standards/?utm_source=brevio&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

Kommission; Konsultation zu Zertifizierungsanforderungen für F-Gase

Am 13.05.2024 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zu den Zertifizierungsanforderungen für F-Gase. Mit der F-Gas-Verordnung (EU) 2024/573 werden neue Zertifizierungsanforderungen festgelegt. Die Liste der erfassten Einrichtungen wird über Kälteanlagen, Klimaanlage und Wärmepumpen (RACHP) hinaus auf Organic-Rankine-Kreisläufe und Kühleinheiten in mobilen Einrichtungen ausgeweitet. Die betreffenden Stoffe umfassen auch Alternativen (Kohlenwasserstoffe, Ammoniak, CO₂). Es ist erforderlich, die geltende Durchführungsverordnung aufzuheben und zu ersetzen, um die Mindestanforderungen an die Zertifizierung solcher Einrichtungen zu aktualisieren

und die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Rückmeldungen sind bis zum 10.06.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14211-F-Gase-Ausweitung-der-RACHP-Zertifizierungsanforderungen-auf-Organic-Rankine-Kreislaufe-und-Kuhleinheiten-in-mobilen-Einrichtungen_de

Kommission; Konsultation zum Format der F-Gas-Berichterstattung

Am 13.05.2024 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Format der F-Gas-Berichterstattung. Die aktualisierte F-Gas-Verordnung soll den europäischen Grünen Deal, das Europäische Klimagesetz, die jüngsten internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Montrealer Protokolls in Bezug auf teilfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKW) und die erzielten Fortschritte und gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigen. Daher müssen mehrere Durchführungsrechtsakte überarbeitet werden. Mit dieser Initiative wird das Berichtsformat an die neuen Berichtspflichten angeglichen. Rückmeldungen sind bis zum 10.06.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14268-F-Gas-Berichterstattung-neues-Format_de

Kommission; Konsultation zur Meldung des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen

Am 14.05.2024 eröffnete die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Meldung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen. Fahrzeughersteller sind verpflichtet, die CO₂-Emissionen und den Kraftstoffverbrauch schwerer Nutzfahrzeuge zu melden. Mit dieser Initiative wird der Anhang der Verordnung dahingehend geändert, dass die Hersteller bestimmter mittelschwerer und schwerer Lastkraftwagen, von Stadtbussen, Reisebussen und Anhängern verpflichtet werden, ab 2024 über diese Fahrzeuge Bericht zu erstatten. Rückmeldungen sind bis zum 11.06.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13811-Schwere-Nutzfahrzeuge-Ausweitung-der-Meldung-von-CO2-Emissionen-und-Kraftstoffverbrauch-durch-Hersteller_de

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zu seuchenfreien Kompartimenten für Landtiere

Am 30.04.2024 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Konsultation, der das EU-Tiergesundheitsrecht zur Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen, die auf andere Tiere oder Menschen übertragbar sind, ergänzt. Er enthält die allgemeinen Vorschriften, die die Mitgliedstaaten einhalten müssen, damit die EU den Status „seuchenfrei“ von Kompartimenten für Landtiere anerkennt. Für Geflügel werden darin auch spezifische Bedingungen für die Anerkennung des Status für Kompartimente durch die EU festgelegt. Dadurch soll verhindert werden, dass sich die hochpathogene Aviäre Influenza und die Newcastle-Krankheit ausbreiten. Rückmeldungen sind bis zum 28.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13827-Tiergesundheit-seuchenfreie-Kompartimente-fur-Landtiere_de

Kommission; Konsultation zur Verwendung verschiedener Bio-Logos in der EU

Am 30.04.2024 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung bezüglich der Verwendung verschiedener Versionen des Bio-Logos zur Konsultation.

Mit dieser Initiative wird geklärt, welche Versionen des EU-Logos für ökologische Produktion verwendet werden dürfen. Insbesondere wird klargestellt, dass die Schwarz-Weiß-Version im Negativformat zulässig ist. Rückmeldungen sind bis zum 28.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14023-Bio-Logo-der-EU-Verwendung-der-verschiedenen-Versionen-des-Logos_de

Kommission; Konsultation zu EU-Vorschriften zum Handel mit Robbenerzeugnissen

Am 15.05.2024 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Eignungsprüfung der EU-Vorschriften zum Handel mit Robbenerzeugnissen. Robben werden in vielen Teilen der Welt aus kommerziellen, existenziellen und kulturellen Gründen gejagt. 1983 untersagte die EU aufgrund der Tierschutzbedenken vieler Menschen die Einfuhr bestimmter Pelze junger Robben. 2009 wurde mit zwei Ausnahmen ein allgemeines Verbot des Inverkehrbringens von Robbenerzeugnissen auf dem EU-Markt eingeführt. Im Rahmen dieser Initiative wird bewertet, ob die geltenden Vorschriften weiterhin ihren Zweck erfüllen, wobei der Schwerpunkt auf ihren sozioökonomischen Auswirkungen und ihren Auswirkungen auf die Robbenpopulationen liegen wird. Rückmeldungen sind bis zum 07.08.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14031-Handel-mit-Robbenerzeugnissen-Eignungsprüfung-der-EU-Vorschriften_de

Justiz

EuGH; Urteil zur Zulässigkeit von Nichtigkeitsklagen gegen die Ernennung von Staatsanwälten für die Strafverfolgung von Richtern und Staatsanwälten (Asociația „Forumul Judecătorilor din România“ / Verbände von Richtern bzw. Staatsanwälten)

Der EuGH hat am 08.05.2024 in der Rechtssache C-53/23 entschieden, dass das Unionsrecht es nicht gebietet, Berufsverbänden von Richtern bzw. Staatsanwälten das Recht einzuräumen, Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ernennung von Staatsanwälten anzufechten. Im Ausgangsverfahren wandten sich in ROM zwei Berufsverbände von Richtern bzw. Staatsanwälten gegen die Ernennung bestimmter Staatsanwälte für Ermittlungen in Korruptionssachen gegen Richter und Staatsanwälte. Sie halten die den Ernennungen zugrundeliegende ROM Regelung für unionsrechtswidrig, weil die Zulässigkeit einer Nichtigkeitsklage gegen die Ernennung solcher Staatsanwälte in ROM vom Vorliegen eines berechtigten privaten Interesses abhängig ist und es damit in der Praxis ausgeschlossen ist, dass eine solche Klage von Berufsverbänden von Richtern bzw. Staatsanwälten erhoben werden kann, um den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit zu verteidigen. Dem ist der EuGH mit seinem Urteil entgegengetreten: Grundsätzlich ist es Sache der Mitgliedstaaten, zu bestimmen, wer Klage erheben kann, wobei jedoch nicht das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz beeinträchtigt werden darf. Nach dem Unionsrecht müssen die Mitgliedstaaten es nur in bestimmten Fällen repräsentativen Verbänden gestatten, zum Schutz der Umwelt oder zur Bekämpfung von Diskriminierungen den Rechtsweg zu beschreiten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=285824&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1321305>

Kommission; Ministertreffen europäischer Staaten gegen organisierte Kriminalität

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson nahm am 07.05.2024 am Treffen ihrer Amtskolleginnen und -kollegen aus BEL, FRA, ITA, ESP, NDL und DEU im Rahmen der "Coalition of European countries against serious and organised crime" in Hamburg teil. Die Koalition hat das Ziel, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gemeinsam weiter zu verstärken. Zentrale Themen des Treffens in Hamburg waren die Bekämpfung des Drogenhandels sowie die Sicherheit und Resilienz der Häfen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-innenkommissarin-johansson-hamburg-bei-ministertreffen-zur-bekampfung-der-schweren-organisierten-2024-05-07_de

Rat; Finale Annahme der Richtlinie zur Gewalt gegen Frauen

Der Rat hat am 07.05.2024 den Kompromisstext der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen final angenommen. Mit der Richtlinie soll der Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt unterstützt werden. Sie enthält Mindestvorgaben für die Kriminalisierung von weiblicher Genitalverstümmelung, Zwangsehen, nichteinvernehmliche Weitergabe intimer Bilder, Cyber-Stalking, Cyber-Belästigung sowie Aufstachelung zu Hass oder Gewalt im Internet. Durch längere Verjährungsfristen soll der Zugang zur Justiz erleichtert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/07/council-adopts-first-ever-eu-law-combating-violence-against-women/>

EuGH; Schlussanträge zur Anerkennung der Änderung eines Vornamens und der Geschlechtsidentität in einem anderen Mitgliedstaat vorgelegt

Am 07.05.2024 hat Generalanwalt Richard de la Tour in der Rechtsache C-4/23 seinen Schlussantrag vorgelegt. Er vertritt darin die Auffassung, dass die Weigerung eines Mitgliedstaats, den Vornamen anzuerkennen, den ein Staatsangehöriger dieses Mitgliedstaats in einem anderen Mitgliedstaat erworben hat, dessen Staatsangehörigkeit er ebenfalls besitze, nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Die Anerkennungspflicht folge aus dem Recht der Unionsbürger auf Freizügigkeit und dem Recht auf Achtung ihres Privatlebens. Das Gleiche gelte für die Weigerung dieser Behörden, die von dem betreffenden Staatsangehörigen in diesem anderen Mitgliedstaat erworbene Geschlechtsidentität anzuerkennen. Die Mitgliedstaaten blieben jedoch dafür zuständig, in ihrem nationalen Recht die Wirkungen dieser Anerkennung und dieser Eintragung in anderen Personenstandsunterlagen sowie im Bereich der Ehe und der Abstammung zu regeln.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=33DFBDE45B4E5A12D12324829CC2739F?text=&docid=285741&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2352186>

Rat; Finale Annahme der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

Am 14.05.2024 hat der Rat die zehn Gesetzesvorschläge zur Reform des GEAS final angenommen. Die Rechtsakte betreffen alle Phasen des Asyl- und Migrationsmanagements. Mit Ihnen soll ein Regelwerk geschaffen werden, das zu einer geordneten Steuerung des Zustroms von Asylsuchenden, zu effizienten und einheitlichen Verfahren und zu einer fairen Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten beiträgt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/14/the-council-adopts-the-eu-s-pact-on-migration-and-asylum/>

Kommission; EU stärkt Bereitschaft zur Bekämpfung der Waldbrandsaison 2024

Mit Blick auf die beginnende Waldbrandsaison hat die Kommission wichtige Schritte der EU angekündigt, um die Brandbekämpfung zu verstärken und Gemeinschaften zu schützen. So sollen dieses Jahr 556 Feuerwehrleute aus 12 Ländern als Stand-by-Verstärkung an wichtigen Standorten in der EU strategisch eingesetzt werden und die lokalen Feuerwehren im Bedarfsfall unterstützen. Außerdem habe die Kommission 600 Mio. EUR an EU-Mitteln bereitgestellt, um den künftigen Erwerb von 12 neuen Löschflugzeugen zu erleichtern.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-starkt-bereitschaft-zur-bekampfung-der-waldbrandsaison-2024-2024-05-14_de

Kommission; Siebter Fortschrittsbericht über die Umsetzung der EU-Sicherheitsunion angenommen

Die Kommission hat am 15.05.2024 den siebten Fortschrittsbericht über die Umsetzung der EU-Strategie für eine Sicherheitsunion 2020-2025 angenommen. Hierin zieht sie eine positive Bilanz zur Umsetzung. Die Kommission habe alle Verpflichtungen im Rahmen der Strategie für eine Sicherheitsunion erfüllt und neue Initiativen integriert, um auf im Entstehen begriffene und sich im Laufe der Zeit fortentwickelnde sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren. Vier Jahre nach Beginn der Umsetzung habe die Strategie das Sicherheitsinstrumentarium der EU konsolidiert und stelle nun eine solide Grundlage für den zukünftigen Schutz der Europäerinnen und Europäer dar.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-sicherheitsunion-eu-kommission-zieht-positive-bilanz-2024-05-15-0_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2565

Bildung und Kultur

Eurydice; Bericht zu Bildung für nachhaltige Entwicklung in der EU veröffentlicht

Am 03.05.2024 hat das Europäische Bildungsinformationsnetz (Eurydice) eine Zusammenfassung der Ergebnisse seines Berichts zu Lehrplänen für nachhaltige Entwicklung in der EU veröffentlicht. Demnach ist Nachhaltigkeit in allen Lehrplänen der 27 Mitgliedstaaten der EU verankert, die sich in Art und Umfang unterscheiden. So sind sieben untersuchte Kernkompetenzen der Nachhaltigkeit relativ breit in den europäischen Lehrplänen vertreten, oftmals umgesetzt in interdisziplinärem und projektbasiertem Lernen. Während Projekte wie Eco bzw. Green Schools oder nationale Schulprogramme für Nachhaltigkeit immer mehr Verbreitung erfahren, zeigt der Bericht die Notwendigkeit für mehr gezielte Unterstützung und Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte auf. Vor allem die Finanzierung von Projekten wie Schulgärten, Recyclinganlagen oder Fahrradanlagen in Schulen sei bisher nur in wenigen Schulsystemen integriert.

<https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/dc327457-f875-11ee-a251-01aa75ed71a1/language-en>

CEDEFOP; Zahlen zum aktuellen Stand von EU-Bildungszielen vorgestellt

Am 07.05.2024 hat das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) die Zahlen zum aktuellen Stand der EU-Ziele zur allgemeinen beruflichen Bildung und lebenslangem Lernen vorgestellt. Demnach sind einige Zahlen bereits heute nah an den Zielen für 2025 und 2030. Dies ist etwa in den Bereichen

Bildungsniveau (9,6% Schulabbrechende, Ziel von 9% bis 2030) und Beschäftigungsaussichten für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Erstausbildung (79,7%, Ziel von 82% bis 2025) der Fall. Deutlich niedriger als die deklarierten Ziele fallen jedoch beispielsweise die Beteiligung von Erwachsenen am lebenslangen Lernen aus (39,5%, Ziel von 45% bis 2025 und 60% bis 2030) oder etwa grundlegende digitale Kenntnisse der Erwachsenen in der EU (53,9%, Ziel von 70% bis 2025 und 80% bis 2030). Im Jahr 2025 plant die Kommission eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte.

<https://www.cedefop.europa.eu/en/news/eu-post-2020-education-and-training-targets-progress-date>

Rat; Empfehlung zu Bildungsmobilität angenommen

Am 13.05.2024 hat der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport eine Empfehlung und Schlussfolgerungen zu Fragen von Bildungsmobilität und faktengestützter Politik und Praxis in Hinblick auf einen Europäischen Bildungsraum angenommen. Die Empfehlung „Europa in Bewegung“ erweitert den EU-Rahmen für die Mobilität zu Lernzwecken auf alle Altersgruppen und soll auch Lehrkräfte und Auszubildende ermutigen, Studien- und Lernmöglichkeiten im Ausland zu nutzen. Zudem führten die Ministerinnen und Minister Debatten zur Rolle von künstlicher Intelligenz (KI) und forderten in Hinblick auf Chancen und Risiken die Kommission auf, einen EU-weiten und gemeinsamen Ansatz für den Einsatz von KI in der allgemeinen und beruflichen Bildung festzulegen. Außerdem fand auch eine erste Diskussion zur Initiative der Kommission zum Europäischen Hochschulabschluss statt.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2024/05/13-14/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

Kommission; Hochschulobservatorium; neue Einrichtung;

Am 13.05.2024 hat die Kommission den Start des neuen „European Higher Education Sector Observatory“ (EHESO) angekündigt, das Datengrundlagen zum Hochschulsektor in der EU bieten soll. Diese Initiative, die durch das Programm Erasmus+ finanziert wird, zielt darauf ab, bestehende europäische Dateninstrumente und -kapazitäten zu zentralisieren. Das EHESO soll verschiedenste bestehende Datenbanken kompakt verbinden und Daten zur Hochschulpolitik (auch zum Bologna-Prozess) bereitstellen. Das neue Portal bietet somit einen Einblick in verschiedene Bereiche wie Inklusion, Lernergebnisse, digitale Technologie, ökologische und unternehmerische Fähigkeiten, technologische Übertragbarkeit und Beschäftigungsfähigkeit.

https://www.eacea.ec.europa.eu/news-events/news/launching-eheso-european-higher-education-sector-observatory-2024-05-13_en

Rat; Bildungsrat; Mobilität im Europäischen Bildungsraum

Unter belgischem Ratsvorsitz tagten am 13./14.05.2024 auch die für den Bildungsbereich zuständigen Ministerinnen und Minister zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Bildung. In diesem Rahmen haben die Ratsdelegationen eine Empfehlung mit dem Titel "Europa in Bewegung – Möglichkeiten der Lernmobilität für alle“ verabschiedet. Die Empfehlung der Kommission zielt darauf ab, mehr Menschen und insbesondere auch Studierende zu ermutigen, die Möglichkeiten zum Lernen bzw. Studieren im Ausland zu nutzen, und erweitert den EU-Rahmen für die Mobilität zu Lernzwecken auf Lernende aller Altersgruppen, einschließlich Lehrkräfte und Auszubildende. „Mobilität ist seit langem ein Kernstück der europäischen Kooperation“, würdigte für den belgischen Ratsvorsitz Caroline Désir, Ministerin für

Bildung, die Initiative der Kommission. „Das Lernen im Ausland kann wertvolle Fähigkeiten vermitteln und das Bewusstsein für die gemeinsamen Werte der EU stärken. Die heutige Empfehlung wird dazu beitragen, die Möglichkeiten für alle zu erweitern, die immensen Vorteile zu nutzen, die mit dem Lernen, Studieren oder der Ausbildung außerhalb ihres Geburtslandes verbunden sind.“ Die Empfehlung der Kommission sieht insbesondere auch eine wesentliche Rolle für „European Degrees“, d.h. die Perspektive von Europäischen Abschlüssen vor, die von Hochschulen in der EU zur Stärkung der Karrierepfade von Absolventinnen und Absolventen vergeben werden sollen. Hierzu hatte die Kommission am 27.03.2024 eine Ratsempfehlung vorgeschlagen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2024/05/13-14/>

Rat; Kulturrat; aktuelle Kulturpolitik; Rolle von Influencern;

Unter belgischem Ratsvorsitz tagten am 13./14.05.2024 die für Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister zu aktuellen Herausforderungen im Kulturbereich. Der Rat verabschiedete nach Diskussion der Delegationen Schlussfolgerungen zur Rolle von Influencern als Urheber von Online-Inhalten in der EU. Influencer, d.h. Online-Autorinnen und -Autoren, die Inhalte in sozialen Medien und auf Video-Sharing-Plattformen veröffentlichen, haben einen zunehmenden Einfluss auf die Online-Inhalte und -Informationen, die Menschen in der EU täglich verfolgen. Dieser Einfluss sei zwar dank der Vielfalt der Online-Gemeinschaften und des von ihnen erzeugten Zugehörigkeitsgefühls positiv, könne aber auch schädlich sein, sowohl für die psychische Gesundheit des Einzelnen als auch auf gesellschaftlicher Ebene wie in der Demokratie, so die Ratsdelegationen im Fazit. „Um sicherzustellen, dass diese Auswirkungen positiv sind, muss die EU Influencer unterstützen, indem sie ihnen ermöglicht, ihre Medienkompetenz zu verbessern und ihr Bewusstsein und ihre Wertschätzung für die Regeln, die ihr Handeln im Internet bestimmen, erhöhen“, fasste der belgische Minister Benjamin Dalle den nötigen Handlungsrahmen zusammen. Der Rat stellt fest, dass Influencer zwar bereits ihre technischen und kreativen Fähigkeiten nutzen, um Inhalte zu produzieren und zu bearbeiten, dass sie aber auch über Medienkompetenz verfügen müssen, um die möglichen negativen Auswirkungen der Verbreitung von Falsch- und Desinformationen, Online-Hassreden, Cybermobbing und anderen illegalen oder schädlichen Inhalten zu verstehen. Der Rat verweist insbesondere auf die Zunahme von "Kidfluencern", d.h. Influencern, die unter 18 Jahre alt sind, und auf die daraus resultierende Notwendigkeit für Eltern, Erziehungsberechtigte und Betreuer, Kidfluencer zu schützen und sicherzustellen, dass sie sich ihrer einschlägigen rechtlichen Verpflichtungen bewusst sind.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/14/influencers-in-the-eu-council-calls-for-increased-support-to-encourage-positive-impact/>

Kommission; Abschlussveranstaltung zur Twin It!-Kampagne

Am 14.05.2024 hat die Kommission eine hochrangige Abschlussveranstaltung zur Europeana Twin It!-Kampagne im Berlaymont-Gebäude abgehalten. Die im Juni 2023 gestartete Kampagne lud die Kulturministerien der 27 Mitgliedstaaten dazu ein, digitalisiertes 3D-Kulturgut einzureichen. Ziel der Kampagne ist es, bis 2030 alle als durch Naturkatastrophen oder andere Umstände gefährdeten Denkmäler und Stätten in 3D zu digitalisieren, um das kulturelle Erbe Europas zu erhalten. Im Beisein von Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, wurden einige der eingereichten Projekte von den Kulturministerinnen- und Ministern der Mitgliedstaaten vorgestellt. DEU beteiligt sich mit Projekten zur alten Synagoge in Erfurt und der alten Synagoge in Wiesbaden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-showcases-pan-european-collection-emblematic-3d-digitised-cultural-heritage-assets>

Kommission; Kampagne zur Sensibilisierung für die Risiken von Desinformationen

Die Kommission hat am 08.05.2024 mitgeteilt, im Vorfeld der Europawahlen im Juni eine Reihe von Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Risiken von Desinformation und ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung eingeleitet zu haben. Gemeinsam mit der Gruppe der europäischen Regulierungsbehörden für audiovisuelle Mediendienste (ERGA), in der alle 27 nationalen Regulierungsbehörden im Bereich der audiovisuellen Dienste zusammengeschlossen sind, hat sie eine Kommunikationskampagne gestartet. Sie soll Bürgerinnen und Bürger über die Risiken von Informationsmanipulationen informieren, kritisches Denken fördern und praktische Tipps geben, wie man Desinformationen erkennen und bekämpfen kann. Das Video der Kampagne läuft bis Anfang Juni in allen Mitgliedstaaten und ist in allen 24 EU-Amtssprachen verfügbar. Außerdem wurden ein neues Toolkit mit praktischen Anleitungen für Schulen und eine neue Webseite zum Thema Desinformation entwickelt.

https://learning-corner.learning.europa.eu/learning-materials/how-spot-and-fight-disinformation_en (Toolkit)

https://commission.europa.eu/topics/strategic-communication-and-tackling-disinformation_en (Webseite)

Rat; Medienminister diskutieren Finanzierung des audiovisuellen Sektors der EU

Die für Medien zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten diskutierten auf der Ratstagung am 14.05.2024 auch über nachhaltige Investitionen in das europäische audiovisuelle Ökosystem. Das Thema war Gegenstand einer informellen Aussprache zu Beginn der Sitzung. Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission, zuständig für Werte und Transparenz, erklärte, man habe mit Blick auf die für 2026 anstehende Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (sog. AVMD-Richtlinie) über mögliche Investitionsverpflichtungen für Video-Sharing-Plattformen diskutiert. Es sei notwendig, zusätzliche finanzielle Ressourcen für den audiovisuellen Sektor in Europa zu erschließen. Sie stellte in Aussicht, dass sich die Kommission in ihrem neuen Mandat mit diesen Fragen befassen wird.

<https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-257269>

EU – Förderprogramme

EP; Ausschreibung des Daphne-Caruana-Galizia-Preises für Journalismus

Am 03.05.2024, dem Welttag der Pressefreiheit, gab das EP offiziell den Startschuss für Bewerbungen um den Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus. Jedes Jahr zeichnet das EP mit dem Preis herausragenden Journalismus aus, der die Prinzipien und Grundwerte der EU fördert und verteidigt. Dabei geht es etwa um Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Das Preisgeld beträgt 20.000 EUR. Die Preisverleihung erfolgt Mitte Oktober 2024 zur Erinnerung an den Jahrestag der Ermordung von Daphne Caruana Galizia, einer maltesischen Enthüllungsjournalistin und Bloggerin. Der Preis steht allen Journalistinnen, Journalisten und Journalisten-teams offen – unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Eingereicht werden können journalistische Beiträge, die von Medien in einem der 27 Mitgliedstaaten veröffentlicht oder ausgestrahlt wurden. Die Beiträge können bis zum 31.07.2024 eingereicht werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240424IPR20640/der-daphne-caruana-galizia-preis-fur-journalismus-bewerbungen-ab-jetzt-moglich>

EP; Jugendkarlspreis für Projekte aus LIT, FRA, und DEU

Das EP und die Internationale Karlspreis-Stiftung haben am 07.05.2024 in Aachen den Europäischen Karlspreis für die Jugend 2024 verliehen. Der erste Preis in Höhe von 7.500 EUR ging an „Sisterhood Pathways“ aus LIT – eine Kampagne zur Sensibilisierung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Ostseeraum. Der zweite Preis mit einem Preisgeld von 5.000 EUR ging an die französische Plattform zur Stärkung der Jugend „Think, Act and Advocate Together to Leave No Young People Behind – European Youth Campaign 2022-2023“. Ziel des Projekts war, junge Menschen aus besonders benachteiligten Verhältnissen zu mobilisieren. Der dritte Preis mit einem Preisgeld von 2.500 EUR ging an das online erscheinende „Europe-Magazine“ aus DEU.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240429IPR21126/jugendkarlspreis-2024-geht-an-projekte-aus-litauen-frankreich-und-deutschland>

V e r a n s t a l t u n g e n

Empfang für Nationale Experten in den EU-Institutionen

Am 13.05.2024 kamen rund 150 Nationale Experten zu einem Empfang in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU zusammen. Eingeladen hatte das Verbindungskomitee für Nationale Experten (CLENAD) unter Leitung seiner Präsidentin Beate Zapletal. Dieses „Networking-Event“ fand zum zweiten Mal in der hessischen Vertretung in Brüssel statt. Nationale Experten sind Beamtinnen und Beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen (vor allem Ministerien) der 27 EU-Mitgliedstaaten, die für maximal sechs Jahre an die EU-Institutionen abgeordnet werden. Die insgesamt mehr als 1.200 Nationalen Experten, davon knapp 1.000 in Brüssel, unterstützen die Arbeit in den EU-Institutionen, insbesondere in der Europäischen Kommission. Margit Kunz, Hauptgeschäftsführerin der AHK DEBELUX, stellte die Arbeit der ältesten DEU Außenhandelskammer und das wirtschaftliche Profil von BEL und LUX sowie ihre Wirtschaftsbeziehungen zu DEU vor. CLENAD-Präsidentin Beate Zapletal dankte dem Land Hessen für die Gelegenheit, sich kennenzulernen und auszutauschen.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

21.05.2024	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“
21.05.2024	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)
23./24.05.2024	Rat „Wettbewerbsfähigkeit“
27./28.05.2024	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
27.05.2024	Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
30.05.2024	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Verkehr“ (Energie)
30.05.2024	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel)

Europäische Kommission

22.05.2024	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion zur Zukunft der Landwirtschaft mit Prof. P. Strohschneider• Stand der Gesundheitsunion
29.04.2024	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion mit dem früheren Präsidenten S. Niinistö zur Bereitschaft und Krisenreaktion der EU

Europäisches Parlament

Vor den Europawahlen vom 06. bis 09.06. 2024 finden keine regulären Plenartagungen mehr statt.

Europäischer Gerichtshof

EuGH/EuG

Hinweis: Die Woche nach Pfingsten (20.-24.05.2024) ist sitzungsfrei, d.h. grundsätzlich ohne mündliche Verhandlungen, Schlussanträge und Urteile. Es sind in diesem Zeitraum keine Termine angekündigt.

29.05.2024	Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-200/22 Polen / Kommission und T-314/22 POL / Kommission – Zwangsgeld gegenüber POL
------------	---

- 29.05.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-58/23 Supermac's / EUIPO - McDonald's International Property (BIG MAC) – Verfall von Unionsmarken
- 29.05.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-395/22 Hypo Vorarlberg Bank / SRB (Ex-ante Beiträge 2022) – Jährliche Zielausstattung durch SRB
- 30.05.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-400/22 – Conny Rechtsangleichung im Mietrecht
- 30.05.2024 Urteile des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-662/22 Airbnb Ireland und C-667/22 Amazon Services Europe, in den verbundenen Rechtssachen C-664/22 Google Ireland und C-666/22 Eg Vacation Rentals IRL, in der Rechtssache C-663/22 Expedia und in der Rechtssache C-665/22 Amazon Services Europe – Eintragungspflicht in das Register der Anbieter von Kommunikationsdiensten (ITL)
- 30.05.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-353/21 P Ryanair / Kommission (Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – FIN – COVID-19) – Beihilfen für Finnair angesichts der Coronakrise

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 31.05.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA